

Großbundenbach

Bürgerentscheid über Neubaugebiet kommt

Großbundenbach · „Lehnen Sie ein Neubaugebiet am Leisgesgarten in Großbundenbach ab?“ Darüber sollen am 17. September die Bürger entscheiden, ließ der Ortsgemeinderat einstimmig zu – allerdings deutlich verärgert. Eine Hiobsbotschaft gab es zu dem beliebten Walnussfest.



Ein Blickfang für das Ortsbild ist die einstige Tankstelle, die „Eroil-Treibstoff“ in Großbundenbach vertrieb, seit geraume r Zeit wahrlich nicht. Die Ortsgemeinde strebt das Neubaugebiet Leisgesgarten in direkter Nähe an, sodass im Zuge eines Bebauungsplans die Tankstellen-Ruine wohl weichen würde.

Foto: Norbert Schwarz

Von Norbert Schwarz

Am Sonntag, 17. September ist ein weiterer Urnengang für die Wahlberechtigten in Großbundenbach angesagt. Erneut wegen eines Bürgerentscheids. Diesmal nicht die Frage nach Windkraftnutzung oder Zustimmung zur Polygonanlage bei der Mülldeponie in Mörsbach. Diesmal werden die Wahlberechtigten mit der Frage konfrontiert: „Lehnen Sie ein Neubaugebiet am Leisgesgarten in Großbundenbach ab?“ Auf den noch zu druckenden Stimmzetteln werden die Wahlberechtigten (bei der letzten Kommunalwahl 2019 sind es 272 Wahlberechtigte gewesen) sich mit einem Ja oder Nein entscheiden können.

Die Fronten zwischen Ortsbürgermeister Dieter Glahn und den Ratsmitgliedern des Ortsgemeinderates einerseits, wie dem förmlich bestellten Sprecher jener, die bereits zu verschiedenen Themenbereichen ein Bürgerbegehren beantragt haben andererseits, sind mehr

als verhärtet. Der Sitzungsverlauf ist dafür ein weiterer Beweis gewesen. Zunächst verwies der Verwaltungsvertreter und Leiter des Hauptamtes der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land, Karlheinz Brügel, auf eine eingegangene Mail. Danach habe der Vertreter des Bürgerbegehrens nochmals an das Anhörungsrecht seitens derer, die das Bürgerbegehren initiiert haben, erinnert. Brügel: „Ich habe dazu festgestellt, dass dieses Anhörungsrecht bereits umfassend in vorausgegangener Sitzung gewährt worden sei und ergänzend nicht mehr besteht.“ Den Standpunkt teilten die Mitglieder des Rates voll und ganz. Als befremdlich bezeichnete es Ratsmitglied Wolfgang Rapp (SPD) anschließend, dass man sich seitens des Bürgerbegehrens überhaupt nicht der Mühe unterworfen habe einmal nachzufragen, was denn im möglichen Baugebiet „Leisgesgarten“ überhaupt geplant sei. „Leisgesgarten“ das habe wohl eine Reaktion ausgelöst, so Rapp: „Reflexartig hat das wohl ein neues Bürgerbegehren ausgelöst. Inzwischen weiß man wohl, wie man das macht. Aus meiner Sicht wäre es zumindest ein Mal notwendig gewesen nachzufragen, was plant denn überhaupt die Ortsgemeinde im Gebiet Leisgesgarten. Sachstand abzufragen wäre aus meiner Sicht schon mal notwendig und auch fair gewesen“.

Info **Diese Hintergründe hat das Bürgerbegehren**

Der Initiator (dessen Name diesmal im Gemeinderat kein einziges Mal fiel) [hatte Anfang November dem Pfälzische Merkur erklärt](#), dass er, gemeinsam mit den Unterzeichnern des Bürgerbegehrens, ein Neubaugebiet an dieser Stelle als „höchst problematisch“ erachtet. Beispielsweise müsste dort das Abwasser hochgepumpt werden, die Verkehrsanbindung könne Probleme bereiten, Anlieger aus der Nachbarschaft seien mit der rückwärtigen Bebauung nicht einverstanden. (red)

Ähnlich die Äußerung von Ratsmitglied Frank Greinert (SPD): „Ich finde es seltsam, dass da ein Begriff rausgehauen wird und anschließend gleich ein Bürgerbegehren kommt. Ohne konkrete Angaben. Das war bei jedem Thema, das wir gehabt haben, da verliert man als Ratsmitglied einfach die Lust daran, in dem Ort überhaupt was bewegen zu wollen“.

Bürgermeister Glahn rügte dabei insbesondere den Umstand, dass dadurch zusätzlich Kosten auf die Gemeinde zukämen. „Demokratie ist ein wertvolles Gut, aber wie jetzt das Bürgerbegehren gegen die Absicht im Leisgesgarten vorgebracht wird, ein Baugebiet zu erschließen muss ich feststellen, dass Gegeninitiativen völlig zu einer Unzeit kommen, ohne Überlegungen, wie kann man ein Gebiet entwickeln, was kann man machen. Einfach nur dagegen.“ Großbundenbach sei bereits seit Jahren auf der intensiven Suche nach einem neuen Baugebiet, so Ortsbürgermeister Dieter Glahn.

Am Ende der Debatte hat der Ortsgemeinderat das Bürgerbegehren über die Zulässigkeit eines Baugebietes im Leisgesgarten einstimmig akzeptiert. Entsprochen wurde dem Begehren im weiteren Beschluss allerdings nicht, es musste somit erneut ein Wahltermin für das Bürgerbegehren festgelegt werden, was mit der Festlegung des 17. September als Wahltermin geschah. [Laut rheinland-pfälzischer Gemeindeordnung](#) können Gemeinderäte das Ergebnis eines Bürgerentscheid frühestens nach drei Jahren abändern.

Zur Erinnerung, wegen der Windkraft sind zuletzt am 7. November 2021 die Wähler zur Urne gerufen worden. Einen Entscheid wegen der Polygone wollten die Initiatoren des Bürgerentscheid erzwingen, doch in dieser Frage war das Verwaltungsgericht Neustadt/Weinstraße ([wir berichteten](#)) anderer Meinung.

„Unnötig wie einen Kropphals“ findet Ortsbürgermeister Dieter Glahn die Tatsache, dass die Ortsgemeinde zwar den Verwaltungsrechtsstreit in der Sache „Bürgerentscheid zu den Polygonen“ gewonnen hat, jetzt aber doch Gerichts- und Rechtsanwaltskosten der Gegenseite tragen muss. Aus der Gemeindekasse die ohnehin klamm ist, müssen mehr als 3000 Euro aufgewendet werden. „Diese Summe ist ja kein Pappenstiel und das müssen wir aus dem ohnehin defizitären Gemeindehaushalt finanzieren“, so der Ortsbürgermeister, welcher in diesem Zusammenhang vorrechnete, dass dafür zwei [Walnussfeste](#) mit einer großen Schar an ehrenamtlichen Helfern zu organisieren seien, um einen Erlös in dieser Höhe zu bekommen. „Mich macht das sauer, ich bin enttäuscht“, stellte Dieter Glahn fest und merkte ergänzend an: „Wir beschäftigen eine ganz Verbandsgemeindeverwaltung mit Großbundenbacher Thematik als würde es sonst keine Probleme auf der Welt geben!“ Um die Übernahme der Gerichts- und Rechtsanwaltskosten kommt die Gemeinde dennoch nicht herum.

Ein Walnussfest 2023 wird es zudem nicht geben. Wie der Ratsvorsitzende Dieter Glahn und Wolfgang Rapp erklärten, soll im kommenden Jahr neu durchgestartet werden. Beide selbst sind diesmal verhindert, bei der örtlichen Löscheinheit, die ein großer, unterstützender Faktor sei gebe es personelle Veränderung die man abwarten wolle. Das Walnussfest soll deshalb erst 2024 wieder ein Fest für alle werden.